

# Wilsdruffer Tageblatt

Stenographischer Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Derzeitiger Preis 10 Pf. für den Jahrgang 1922. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage Nr. 10, auf dem Lande 12 Pf., für die Zeitungen in der Beilage Nr. 11, auf dem Lande 14 Pf., zu entnehmen. Alle Anzeigen sind zu begeben, wenn sie nicht ausdrücklich anders besagt. Im Falle längerer Abwesenheit, Krieg oder sonstiger Verhinderungen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung bei Begehr zu erklären.



Inserentenpreis 20 Pf. für die 6 gelbsteilen Spaltenzeile oder deren Raum, 10 Pf. für die 3 gelbsteilen Spaltenzeile oder deren Raum, 5 Pf. für die 2 gelbsteilen Spaltenzeile oder deren Raum. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Die Anzeigen sind im Laufe des Tages zu begeben. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage Nr. 10, auf dem Lande 12 Pf., für die Zeitungen in der Beilage Nr. 11, auf dem Lande 14 Pf., zu entnehmen. Alle Anzeigen sind zu begeben, wenn sie nicht ausdrücklich anders besagt. Im Falle längerer Abwesenheit, Krieg oder sonstiger Verhinderungen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung bei Begehr zu erklären.

Erste Ausgabe seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz.

Verleger und Drucker: Arthur Schanke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schanke, beide in Wilsdruff.

Nr. 6

Sonnabend den 7. Januar 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Im Laufe des Monats wird beim Reichkanzler eine Konferenz sämtlicher deutscher Ministerpräsidenten stattfinden.
- Die neuen Besprechungen mit den Beamten haben im Reichsfinanzministerium begonnen. Neben der allgemeinen Gehaltsregelung wird auch die Beamtenzubehälterung erörtert werden.
- Am 10. Januar will der Reichsverkehrsminister Groener einem Sachverständigenrat Gelegenheit zur Stellungnahme zum Eisenbahngesetz geben.
- Der Dollar stieg an der Berliner Donnersdagsbörse bis auf 202 Mark.
- Die französische Presse bereitet darauf vor, daß die Verhandlungen in Cannes sich sehr schwierig gestalten werden.
- Der als Führer russischer Weißgardisten bekanntgewordene Fürst Nikoloff-Bernoldi ist mit Frist bis zum 17. Januar aus Deutschland ausgewiesen worden.

## Der Stratege.

Während Briand in Augenblickserfolg seinen Ehrgeiz erschöpfte — mit dem Erfolg, sich von Abschnit zu Abschnit immer wieder vor neue Schwierigkeiten gestellt und in seiner Gesamtposition ständig bedroht zu sehen — muß man Lloyd George schon das Zeugnis ausstellen, daß sein Sinnen und Trachten bei allen Sorgen des Tages doch auf größere Ziele gerichtet bleibt. Dieser ein scharfer, ein gewandter, auch ein führender Taktiker, dieser Stratege von achtunggebietendem Zuschnitt. Ruhigen Herzens verdrängte er auf seine Teilnahme an der Washingtoner Konferenz, trotzdem die Franzosen sich mit großem Eifer um die dortigen Verhandlungen bemüht hatten, und die Ergebnisse haben ihm recht gegeben. Denn im Endergebnis dieser monatelangen Verhandlungen ist schließlich doch Frankreich auf der Ballstatt geblieben, weil es zwar gegen Abweisung — der anderen gar nichts einzuwenden hat, seine eigene Land- und Seemacht dagegen eher noch steigern als vermindern möchte. Lloyd George war klug genug, diesen Ausgang der Dinge vorauszusehen, den er ganz gewiß von langer Hand her in vertraulicher Fühlungnahme mit der amerikanischen Diplomatie nach Kräften mit vorbereitet hat. So konnte er ruhig zu Hause bleiben, sich erst einmal seine heimischen Sorgen vom Hals schaffen und nun mit einem nicht unerheblichen Vorsprung nach Cannes eilen, was gewiß eine ungleich schönere Gegend ist als die langweilige Bundeshauptstadt der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Aber auch diesmal hat er alle Fäden in der Hand behalten, um sich nach seiner Seite hin von den Ereignissen überraschen zu lassen. Während er an der Riviera sitzt und nun abermals in Gemeinschaft mit Briand an der Krankheit der Welt herumdoktern will, wird, auf seine freundliche Veranlassung selbstverständlich, in London immer lauter von der bevorstehenden Auflösung des Parlaments und von Neuwahlen zum Unterhaus gesprochen. Es sieht so aus, als wenn schon ein fester Plan mit genau bestimmten Terminen vorläge und als wenn auch schon die ganze strategische Anlage des Wahlsieges fest und fertig ausgemacht wäre. Die Wahlparole, von der jetzt schon die Rede ist, ist ganz und gar auf die innere Politik eingeleitet. Sie soll von der Arbeitslosenfrage beherrscht werden, die ja der britischen Regierung allerdings schon seit Jahr und Tag argw. Kopfschmerzen verursacht. Aber da man nachgerade eingesehen hat, daß ihre Lösung keine nationale, sondern eine internationale Aufgabe darstellt — genau so wie es mit den uns bewegenden Wirtschaftsfragen der Fall ist — wird mit der Arbeitslosenfrage zugleich auch der Gesamtumfang aller der großen, ganz Europa dauernd beschäftigenden Fragen umschlossen und dem Urteil der britischen Wählerschaft unterbreitet. Lloyd George und seine Mitarbeiter kennen dafür nur ein Hilfsmittel: Die Wiederherstellung des Handels, will sagen des Außenhandels des britischen Reiches, was mit der Wiederherstellung Europas gleichbedeutend ist. Wiederherstellung Europas heißt aber nicht mehr und nicht weniger als Wiederherstellung Deutschlands und Russlands — und wer dieser obersten aller Fragen ebenso blinden wie beharrlichen Widerstand entgegensetzt, das ist Frankreich und immer wieder Frankreich. Wenn also Lloyd George, wie er wohl ohne weiteres hoffen darf, aus den Neuwahlen abermals als Sieger hervorgeht, so wird damit seine Stellung und sein Ansehen auch außerhalb Großbritanniens eine neue Befestigung erfahren, und Frankreich wird, so rechnet der britische Ministerpräsident, einsehen müssen, daß seine immer noch gegen Deutschland und gegen Russland gerichtete Politik auch der Befreiung Englands von seinen schweren Wirtschaftsfragen hindernd im Wege steht.

Im Hintergrunde der Konferenz von Cannes läßt also Lloyd George bereits jetzt Aktionen aufsteigen, die den französischen Unterhändlern doch einigen Stoff zum Nachdenken geben sollen. Sie werden sich entscheiden müssen, ob das oft gebrauchte Wort von der internationalen Solidarität nun endlich wahr gemacht oder ob weiter gewartet werden soll wie bisher. Herr Briand mag noch so sehr darum besorgt sein, daß seine intimen Feinde in der Kammer ihm nach Cannes den Todesstoß verfehen und

an seiner Stelle ihren Ableben, Herrn Poincaré, auf den Schild erheben möchten; das Mundspitzen zieht nicht mehr, jetzt wird er auch pfeifen müssen. Nur die Wahl zwischen britischer und französischer Melodie bleibt ihm noch vorbehalten. Je nachdem, wie er sich entscheidet, wird sich der Weg zum Frieden, den wir alle gehen wollen, endlich aufstern oder für absehbare Zeiten endgültig verschließen.

## Lloyd Georges fühner Plan.

Das entscheidende Gesecht von Cannes. Ebenso wie seinerzeit der amerikanische Staatssekretär Hughes die Abrüstungskonferenz von Washington mit einem überraschend großzügigen Programm eröffnete, will jetzt Lloyd George dem Obersten Rat in Cannes Vorschläge so umfassender und tiefgreifender Art machen, daß man sie in unrichtigen Konferenzreisen als einen großen fähigen Plan bezeichnet. Der wesentliche Inhalt ist folgender:

Deutschland soll gestattet werden, für 1922 mit einer Gesamtzahlung von 500 Millionen Goldmark wegzukommen, die zwischen Januar und April verteilt werden solle. Dafür sollten Rüstungsarbeiten geschaffen werden, um die „Säuberung“ der deutschen Finanzen nach den längst bekannten einzelnen Forderungen zu sichern, desgleichen solle auf größeren Zahlungen in Waren bestanden werden. Beabsichtigt wird, daß Großbritanniens daran denke, auf seine Ansprüche auf gegenwärtige unmittelbare Zahlung zu verzichten, obgleich es beabsichtigt sei, seinen Alliierten soweit wie möglich entgegenzukommen.

Man weiß, daß dieser Plan bei den französischen Delegierten auf Widerstand stoßen wird, aber gerade deshalb erklären die Engländer, sie seien fest entschlossen, in Cannes das entscheidende Gesecht in der Reparationsgeschichte zu schlagen. Aus der ersten Unterhaltung, die zwischen Briand und Lloyd George bereits stattgefunden hat, scheint hervorzugehen, daß zunächst einmal von dem Zahlungsplan für 1922 gesprochen werden soll. Die weiteren Projekte werden vorläufig zurückgestellt. Briand soll u. a. ein englisch-französisches Bündnis anstreben, womit er alle Schwierigkeiten aus der Welt schaffen will.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

#### Zwei Gesetzentwürfe zum Schutze der Republik?

Von einer offiziös bedienten Korrespondenz wird darauf aufmerksam gemacht, daß der amtlich mitgeteilte Paragraph aus dem Gesetzentwurf zum Schutze der Verfassung aus einem Entwurf des Reichsjustizministeriums kommt. Er dürfte nicht mit dem im Reichsministerium des Innern bearbeiteten Gesetzentwurf „zum Schutze der Republik“ verwechselt werden, dessen Veröffentlichung ebenfalls in einiger Zeit zu erwarten sei. — Eine amtliche Bestätigung, ob tatsächlich zwei solcher Entwürfe vorliegen, bleibt abzuwarten.

#### Ausschub der deutschen Antwort.

Die deutsche Regierung hat bekanntlich auf die letzte Fristen nicht geantwortet, auf seine Rückfragen, betreffend unser Gesuch um Zahlungsausschub, stellte, noch keine Antwort erteilt, sondern in Paris mündliche Verhandlungen über diese Frage führen lassen. Nunmehr haben wir der Reparationskommission in einer Note die der Reparationskommission, worin diese mehrere die Konferenz in Cannes zunächst aufzuschieben und vorläufig nur weiteres Material zu diesen Fragen zur Verfügung zu stellen.

#### Der neue Eisenbahnrat.

Der Haushalt der deutschen Reichsbahn für das Rechnungsjahr 1922 schließt im ordentlichen Haushalt bei den fortwährenden Ausgaben mit 65 998 628 000 M. und in den Einnahmen mit derselben Summe ab. Der Zuschuß beim ordentlichen Haushalt, der 1921 (samt den Nachtragsetats) noch 10 835 013 900 Mark betragen hat, ist also vollständig entfallen; der Etat balanciert. Im außerordentlichen Haushalt sind vorgesehen an Ausgaben 6 789 259 000 Mark, an Einnahmen 6 500 000 Mark, so daß also ein Zuschuß von 6 782 759 000 Mark (gegen 35 631 900 Mark in 1921) erforderlich ist.

#### Bayern für das Reich.

Eine gerade angesichts der vielen beklagenswerten Mißverständnisse zwischen Nord und Süd besonders bemerkenswerte Stimme läßt sich in der Korrespondenz der bayerischen Volkspartei vernehmen, wo es heißt: Das Schicksal Bayerns ist auf ewig verbunden mit dem Schicksal Deutschlands, dessen Zukunft die Zukunft aller ist, die sich Deutsche nennen. Wir können dieses Schicksal von hier aus nicht meistern; wir können aber daran mitwirken, es zum Guten zu wenden, wenn wir innerhalb der weichen Grenzen ein gesundes, fortschrittliches und zielbewusstes Politik treiben, die die Erfordernisse der Zeit richtig erkennen und danach handeln.

## 40 000 Gnadengefuche in Sachsen.

Aus einem Bericht des sächsischen Justizministeriums ergibt sich, daß im letzten Jahre etwa 40 000 Gnadengefuche eingingen. In nahezu 13 000 Fällen wurden teils Strafausschub, teils vorzeitige Haftentlassung und andere Gnadenweise gewährt. Die Prüfung eines humaneren Strafvollzuges sei im Gange; auch hat man Hafterteilungen in den kleineren Gefangenenanstalten ausprobiert, die allgemein eingeführt werden sollen.

## Rußland.

Die Bedeutung des Umschwungs der russischen Politik, der sich durch die Beschlüsse des allrussischen Rätekongresses zu erkennen gab, wird von einem Kenner der Ostpolitik, dem früheren sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Ostpreußen, August W i u r i g, dahin beurteilt, daß die Tagung des Rätekongresses und insbesondere sein Beschluß über das Privateigentum weitpolitische Bedeutung erhalten könne. Rußland öffne damit dem Kapital zur Erneuerung seiner Wirtschaft die Tür. Jetzt sei die Frage: wie wird das Eindringen des fremden Kapitals auf Rußlands Stellung in der Weltpolitik wirken? Wird es bleiben, was es bisher trotz seiner Not und seines Verfalls war, ein altes Element, — oder wird es ein willenloses Objekt der kapitalistischen Siegerstaaten werden? In dieser Frage stehe das weitpolitische Problem der Zukunft.

## Litauen.

Polnische Wahlmanöver. Wie seinerzeit bei der Abstimmung in Oberschlesien, so betreibt die polnische Regierung jetzt auch bei der Vorbereitung der Winaer Wahlmanöver, die am 8. Januar stattfinden soll, allerlei Wahlmanöver. Aus Polen und namentlich aus Oberschlesien sind viele erprobte Agitatoren eingetroffen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Wahl. Da die Polen sich isoliert fühlen, ziehen sie Wähler aus Polen zur Verstärkung heran. Den Litauern ist die Wahlaktion jedoch unmöglich gemacht. Und die Polen bedrohen jeden mit Gefängnis, der andere auffordert, an der Wahl nicht teilzunehmen.

## Aus In- und Ausland.

Deutchen. Die deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen sind in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. In den einzelnen Unterkommissionen wurden insbesondere diejenigen Fragen erörtert, über die bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Oppeln. Vier polnische Oberschlesier, die kürzlich bei einem Überfall einen italienischen Soldaten töteten, wurden von dem Sondergericht in Oppeln wegen jahrlängiger Föhung zu 2, 18, 12 und 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Man kann die Frage aufwerfen, wie wohl das Urteil geklaut hätte, wenn sich Deutsche ein solches Verbrechen hätten zuschulden kommen lassen.

Prag. Die deutsche Gesandtschaft teilte dem Ministerium des Äußeren die Ernennung des Professors Dr. Hollmann zum deutschen Landwirtschaftsattaché für die östlichen und südöstlichen europäischen Staaten mit. Dr. Hollmann wird seine Tätigkeit auf die Städte Bukarest, Sofia, Belgrad, Athen, Prag, Warschau und Budapest erstrecken.

London. „Manchester Guardian“ berichtet, daß Kennet ein neues Buch geschrieben hat, das den Titel führt: „Eine Revision der Verträge“. Das Buch behandelt u. a. das Reparationsproblem in seiner augenblicklichen Gestalt.

Belfast. In einer der letzten Nächte kam es wieder zu Straßenkämpfen um den irischen Friedensvertrag, die als die wildesten in der Geschichte dieser unruhigen Stadt bezeichnet werden. Das Militär griff mit Panzerwagen ein. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Bomben geworfen.

Paris. Der auf Anordnung des Rauter Militärgerichts verhaftete frühere Unterstaatssekretär im Versorgungsministerium Bilgram wird beschuldigt, sich im Jahre 1914 durch Selbstverwundung dem Heeresdienst entzogen zu haben.

Washington. Nach Meldungen englischer Blätter sei bei der amerikanischen Regierung die Enttäuschung darüber offen zum Ausdruck gebracht worden, daß die Washingtoner Konferenz nicht alles vollendet habe, was die amerikanische Regierung wünschte.

## Steuerfrage und Koalition.

(Von unserm ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 5. Januar.

Während in Cannes die Würfel über unser weiteres wirtschaftliches und politisches Schicksal geworfen werden, schied sich die deutsche Regierung an, im Innern diejenigen Vorbereitungen zu treffen, die für die weiteren finanziellen Maßnahmen unerlässlich sind, ganz gleich, ob eine Erleichterung unserer Lasten in Cannes beschlossen wird oder nicht. Nach ziemlich langer Pause der parlamentarischen Arbeit, die, was das Plenum des Reichstages betrifft, auch noch bis in die zweite Hälfte Januar währen wird, hat der Kanzler inzwischen mit einigen Parteiführern die Steuerfrage wieder in Beratung genommen. Bekanntlich besteht auch innerhalb der die Regierung stützenden drei Parteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, noch manche große Meinungsverschiedenheit über die Lösung des Steuerproblems. Vor allem wollen die Sozialdemokraten die Verbrauchssteuer nicht verabschieden.